



Textdokumentation

zur Veröffentlichung im Internet

über die öffentliche Beratung

in der 7. Sitzung des

Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

am 16. Februar 2017

in Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

**Vollständige und nachhaltige Sanierung der Bohrschlamm-
deponie Brüchau (Altmarkkreis Salzwedel) durch den Be-
treiber ENGIE E&P Deutschland GmbH**

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/WIR/8**

Beratung

3

Anwesende:

Ausschussmitglieder:

Abg. Matthias Lieschke, stellv. Vorsitzender	AfD
Abg. Uwe Harms	CDU
Abg. Florian Philipp (zeitweise vertreten durch Abg. Andreas Schumann)	CDU
Abg. Ulrich Thomas	CDU
Abg. Hannes Loth	AfD
Abg. Alexander Raue	AfD
Abg. Andreas Höppner	DIE LINKE
Abg. Hendrik Lange	DIE LINKE
Abg. Holger Hövelmann	SPD
Abg. Dr. Katja Pähle	SPD
Abg. Wolfgang Aldag	GRÜNE

Ferner nimmt die Abg. Dorothea Frederking (GRÜNE) an der Sitzung teil.

Von der Landesregierung:

vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung:

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann
Staatssekretär Thomas Wunsch

Textdokumentation:

Stenografischer Dienst

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Zur Tagesordnung:

Vollständige und nachhaltige Sanierung der Bohrschlammdeponie Brüchau (Altmarkkreis Salzwedel) durch den Betreiber ENGIE E&P Deutschland GmbH

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/WIR/8**

Unter **Vorlage 1** eine schriftliche Stellungnahme der ENGIE E&P Deutschland GmbH vor.

Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, das Thema in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Ich möchte Sie, von der Bürgerinitiative, stellvertretend für den ganzen Wirtschaftsausschuss gern begrüßen. Es ist so geplant, dass Ihre Bürgerinitiative zehn Minuten Zeit bekommt für einen Vortrag, der schon vorbereitet wurde. Sie müssten von Ihrem Platz aus sprechen und das Mikrofon benutzen, weil es alles aufgezeichnet wird.

Wir beginnen zunächst mit einem kurzen Statement der einbringenden Fraktion.

Abg. Hannes Loth (AfD): Ich bedanke mich beim Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung dafür, dass der Selbstbefassungsantrag der AfD-Fraktion heute auf die Tagesordnung gekommen ist. Ich bin ein bisschen traurig, dass die Firma nicht gekommen ist, sondern abgesagt und nur eine Stellungnahme geschickt hat, die sich auch nicht auf das bezieht, was wir eigentlich mit unserem Antrag wollten. Wir wollten eigentlich, dass die Firma hierherkommt und uns die Möglichkeiten vorstellt, die alternativen Möglichkeiten für den Rückbau und für die Renaturierung der Bohrschlammflöcher, die sie zum Beispiel in Niedersachsen vollzieht, und diese vielleicht auch hier anwenden kann, um vielleicht einfach eine Möglichkeit zu finden, um zusammen mit dem Betreiber der Bohrlöcher und den Verantwortlichen dafür eine Lösung zu finden, die einvernehmlich auch mit den betroffenen Bürgern, die hier als Bürgerinitiative vertreten sind, vonstattengeht. Ich möchte mich bei der Linksfraktion dafür bedanken, dass sie die Öffentlichkeit der Sitzung beantragt hat.

Wir denken, dass das Thema heute, mit diesem Selbstbefassungsantrag, noch nicht abgeschlossen ist, da der Sinn und Zweck der Sache, der Bericht der Firma selbst zu den verschiedenen Maßnahmen, die sie nicht in Sachsen-Anhalt macht, sondern zum Beispiel in Niedersachsen, noch besprochen werden muss und uns als Information auch sehr am Herzen liegt. Deswegen hoffe ich heute auf eine schöne Vorstellung der Meinung der Bürgerinitiative und danach vielleicht auf eine kurze angeregte Diskussion unter uns allen.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Wir würden jetzt der Bürgerinitiative wie vereinbart zehn Minuten Zeit geben, um ihre Lage darzustellen. Bitte schön.

Dr. Christfried Lenz: Wir möchten uns bedanken für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu sprechen. Wir bedauern es natürlich auch, dass Gaz de France einen Rückzieher gemacht hat und sich nicht der Diskussion stellen will. Wir möchten versuchen, innerhalb dieser zehn Minuten das Wichtigste vorzubringen. Zunächst möchte ich Herrn Ebeling bitten, hier Fakten vorzustellen. Außerdem möchten wir gern, dass Herr Bammel, ein Bürger aus Brüchau, zu Wort kommt, und zum Schluss würde ich ganz gerne noch drei Sätze sagen.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Bitte.

Bernd Ebeling: Herzlichen Dank noch einmal an den Ausschuss und an alle, die hier sind, aus dem Ministerium und aus dem LAF.

(Herr Ebeling führt dem Ausschuss eine Präsentation vor. Ein Abdruck der Präsentation wurde im Nachgang zur Sitzung als **Vorlage 2** verteilt.)

(Folie 1)

Das Thema steht unten. Welche Sitzung wir haben, wissen wir alle. Für mich ist das keine Bohrschlammgrube, sondern eine Erdgas-Giftschlammgrube, um das einmal deutlich zu sagen. Ich behandle jetzt hier die radioaktiven Abfälle, den Grundwasserschaden und das Wasserrecht.

(Folie 2)

ENGIE selber schreibt, was eingelagert wurde - auf das Rote beziehend -: In Brüchau wurden radioaktiv kontaminierte Reinigungsrückstände aus Rohrleitungen und Anlagen der laufenden Erdgasproduktion eingelagert.

(Folie 3)

Dann habe ich interne Unterlagen erhalten von ehemaligen Mitarbeitern. Dabei geht es um den Strahlenschutz. Das ist ein Dokument aus dem Jahr 1995. Darin wird geschrieben - ich will mich kurzfassen -, dass im Prinzip diese ganzen Schlämme, und die sind alle - - Damit es Ihnen allen deutlich ist: Wenn das Erdgas hochkommt, wenn das Lagerstättenwasser mit hochkommt, das ist alles radioaktiv belastet. Die Bohrköpfe, die Tubinge in den Bohrlöchern, die Leitungen zu den zentralen Gassammelpunkten, alle sind radioaktiv belastet. Das hört erst auf, wenn das Gas getrocknet ist. Es sind riesige Mengen. Wir haben 470 aktive Bohrlöcher, über die Erdgas gefördert wurde, in der Altmark gehabt. Das sind Tausende von Tonnen an radioaktiven Abfällen, die dort angefallen sind.

In diesem Dokument - Sie können es gern haben; ich habe es mit demjenigen, von dem ich es habe, abgesprochen, dass ich es verwenden darf - steht drin, diese radioaktiven Abfälle sind nach Brüchau gegangen.

(Folie 4)

Dann gibt es Literatur, weil sich die Bundesregierung um ihre Endlager Schacht Konrad, Gorleben usw. gekümmert und man Erfassungen durchgeführt hat, wie viele radioaktive Abfälle wir haben. Die gibt es eben nicht nur in der Atomindustrie, sondern auch viel im Bergbau. Darin schreibt - wahrscheinlich war es Dr. G. über den Verbleib - - Hierin wird angegeben, wie stark die Bergbauabfälle aus der Erdgas- und Erdölförderung radioaktiv belastet sein können. Das können bis zu 500 Becquerel pro Gramm sein; es kann aber auch noch mehr sein. Wenn es mehr als 500 Becquerel pro Gramm sind, dann muss es im Schacht Konrad eingelagert werden - nur damit es Ihnen klar ist. Das sind also gefährliche Stoffe.

Dann wird in diesem Bericht - das habe ich zitiert aus dem Bericht 697 des Bundesumweltministeriums aus dem Jahr 2007 - -

„Unabhängig von diesen generell zutreffenden Beschreibungen des [...] [Wirtschaftsverbandes Erdöl/Erdgas] wurden in den einzelnen Betrieben spezifische Entsorgungswege genutzt. Dazu gehören auch Betriebsdeponien, auf die größere Mengen an Schlämmen, die an Sammelstationen anfielen, verbracht wurden. Eine bekannte derartige Deponie ist z. B. die Deponie Brüchau [...].“

Also hierin steht ganz klar, weil er oder diese Firmen für die Erdgasindustrie tätig waren, dass sie wussten, dass die radioaktiven Abfälle dort eingelagert werden.

(Folie 5)

Dann haben wir ein Schreiben. Ist der betreffende Mitarbeiter aus dem Wirtschaftsministerium hier? Er hat am 27. Juli an Herrn Dr. Lenz geschrieben. Darin steht, in Brüchau wurden keine radioaktiven Abfälle eingelagert. Soll das jetzt verheimlicht werden? Ich meine, es ist in der Öffentlichkeit fast gar nicht bekannt, dass bei der Erdöl- und Erdgasproduktion radioaktive Schlämme/Abfallstoffe anfallen, und die sind alle nach Brüchau gegangen. Das war die zentrale Entsorgungseinrichtung, die wichtigste überhaupt, weil es gefährliche Abfälle sind, welche die höchsten Kosten für ein Unternehmen verursachen, und diese sind alle in Brüchau gelandet.

(Folie 6)

Dann haben wir mit Anwohnern gesprochen, Zeitzeugen. Das sind jetzt hier aktuelle Fotos aus den letzten zwei, drei Jahren. Sie sehen auf dem Bild in der Mitte links Erd-

gasschrott. Er muss gesäubert werden. Früher - das haben mir Brüchauer bestätigt, die dort gearbeitet haben, als es 1972 losging - wurden solche Teile einfach dort hineingeschmissen. Es wurden ganze Abscheider - darin sind diese radioaktiven und quecksilberhaltigen Schlämme - in Brüchau einfach abgeladen. Sie sehen auf dem mittleren Foto auch noch Rohre. Das sind die am stärksten radioaktiv belasteten Anlagenteile. Die wurden in Brüchau früher auseinandergeschnitten von der Quecksilberkolonne und dann in Brüchau eingelagert. Dann sehen Sie rechts auf dem Bild einen Bohrkopf. Das ist in der Nähe von Salzwedel. Das ist Salzwedel 96. Solche ganzen Bohrköpfe wurden in Brüchau eingelagert. Ich habe es selbst nicht gesehen, weil es unten versteckt ist.

(Folie 7)

Dann kommen wir in das Jahr 2000. Die ENGIE E&P Deutschland GmbH hatte damals ein Entsorgungsproblem. Warum? - Änderung der Strahlenschutzverordnung ab dem Jahr 2001; erschöpfte Lagerkapazitäten auf dem Lager und Reinigungsplatz Steinitz bei Salzwedel - dort wird heute oder schon lange ein Zwischenlager für radioaktive Abfälle betrieben -; im Jahr 2000 existierte kein genehmigter Entsorgungsweg für die Scales - in Klammern: Krusten in Förderrohren/Tubingen mit hohen Anteilen an Quecksilber und radioaktiven Stoffen. Es gab keinen Entsorgungsweg.

Entsorgungsalternativen waren hier in Sachsen-Anhalt die Untertagedeponie Zielitz, die von einem Entsorgungsunternehmen betrieben wird; die Bohrlochverfüllung, das heißt, in alte Bohrlöcher wurden quecksilberhaltige und radioaktive Abfälle verklappt, und die Giftschlammgrube Brüchau.

Dann gab es ein Schreiben aus dem Herbst 2000 vom StAU Magdeburg. Das habe ich vorliegen. Ich habe es als Anlage beigefügt. Wegen der festgestellten Undichtigkeit der Grube Brüchau durch das Geologische Landesamt Magdeburg und das Staatliche Umweltamt Magdeburg drohten der Einlagerungsstopp und die Illegalität der Grube. Damit wäre die billigste Entsorgungsvariante für Brüchau entfallen.

(Folie 8)

Das ist ein Dokument aus dem Deutschen Bundestag. Darin steht zum Beispiel: „Gaz de France“; „ST“, ganz rechts, für „Sachsen-Anhalt“; „Bohrlochverfüllung“. Es wurden also Bohrlöcher mit radioaktiven Abfällen verfüllt.

(Folie 9)

Das ist die Tabelle dazu. Dank an Herrn Wunsch, dem Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium. Aufgrund unserer Fragen, die Frau Dorothea Frederking, Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, gestellt hatte, bekamen wir diese Liste, die Tabelle mit

den zwölf Bohrungen. Teilweise sind die radioaktiven Abfälle in 700 m Tiefe eingelagert worden.

(Folie 10)

Das ist ein Foto vom Juli des letzten Jahres, als ich in der Nähe oder in Salzwedel unterwegs war. Das ist ein Atommülltransport direkt vor der Firmenzentrale von Gaz de France. Er hat vorher in Steinitz, bei dem Rohr- und Reinigungsplatz, wo das Zwischenlager ist, quecksilberhaltige und radioaktiv belastete Stoffe abgeholt. Sie sehen das Zeichen Radioaktivität. Dort sind auch diese ganzen alten Rohre. Das ist unterschiedlich: Manche sind fast gar nicht belastet, manche sind stark belastet. Das ist sehr unterschiedlich. Die Arbeiter, die dort arbeiten, tragen vollen Atemschutz.

(Folie 11)

Das ist die Zentrale. Das war oder ist immer noch die größte Anlage in der Altmark für Erdgasförderung in Steinitz. Das ganze Erdgas wird zusammengefasst, von den Erdgasförderungsbohrungen, und muss dann gereinigt werden, bevor es sozusagen an den Verbraucher abgegeben werden kann.

Sie sehen überall solche Metallbehälter, aufrecht stehend oder auch liegend. Darin fallen diese Schlämme an, die in Brüchau teilweise - - Heute geht es nicht mehr; heute muss es an zertifizierte Entsorger abgegeben werden. Es wurde aber über Jahrzehnte so gemacht.

(Folie 12)

Das ist die Feldstation Maxdorf. Dort sind auch diese horizontal liegenden Abscheider zu sehen, in denen diese Schlämme anfallen. Wir haben den Zeitzeugen Herrn E. aus Salzwedel. Er hat von 1980 bis 1989 bei einem in Gommern ansässigen Volkseigenen Betrieb gearbeitet. Davon war er vier Jahre in Maxdorf auf dieser Feldstation. Sie mussten von dieser Feldstation immer herüber nach Brüchau. Er hat selbst gesehen, dass diese Schlämme dort hineingegangen sind. - So weit, denke ich, zur Radioaktivität.

(Folie 13)

So sieht es dann in der Praxis aus. Es gibt eigentlich, wenn solche Arbeiten durchgeführt werden, dazu im Internet fast keine Fotos.

(Folie 14)

Jetzt kommen wir zu Brüchau, wie das so war. Die Bildquelle ist klar: MDR Fernsehen. Sie sind mit diesen Lkws - Sie sehen oben rechts im Bild eine Rampe - herangefahren und haben das einfach immer in diesen Teich gekippt. Das ist die alte Mergelkuhle.

Dann sehen Sie oben im Bild drei Tanks. Das sind die unten. In dem Wasser sollten sich diese Schlämme schön absetzen, und dann, nachdem es sich abgesetzt hatte, die ganzen radioaktiven Stoffe, die Schwermetalle, die ölhaltigen Stoffe usw., das ging alles hinein - - Es wurde auch immer etwas freigesetzt. Das ist in Deutschland die einzige mir bekannte Entsorgungseinrichtung, die so gearbeitet hat. Das hat es so in Niedersachsen - ich bin Niedersachsen - nicht gegeben.

Dann wurde das Wasser abgepumpt, in diese drei Tanks unten auf dem Foto, und dann sehen Sie die Rohrleitung zu der Versenkbohrung. Dann wurde es in 1 100 m Tiefe verpresst. Das wird selber in Erdgasunternehmen als Untertagedeponie bezeichnet.

(Folie 15)

Jetzt kommen wir noch einmal - das habe ich schon einmal im letzten Jahr im März in Kalbe vorgetragen - -

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Herr Ebeling, Sie müssten ein bisschen schneller werden. Sie haben noch ein, zwei Minuten.

Bernd Ebeling: Ja. Okay. Das war der Punkt. Es sind ganz viele radioaktive Abfälle, Hunderte oder Tausende von Tonnen an Schlämmen, die radioaktiv belastet sind, eingelagert worden. Das hören Sie jetzt wahrscheinlich zum ersten Mal.

Dann gab es die Messergebnisse zu DDR-Zeiten, als schon einmal Quecksilber im Grundwasser festgestellt wurde.

(Folie 16)

Dann wurden ab dem Jahr 1991 Gutachter beauftragt. Sie haben geschrieben:

„Aus den Analyseergebnissen dieser beiden Brunnen ist eine klare Beeinflussung durch aus der Grube austretende Stoffe zu erkennen.“

Das haben Ingenieurbüros, wie ich selbst eines bin, geschrieben. Das war im Jahr 1992.

(Folie 17)

Dann sind hier die ganzen Parameter. Ich will nur auf Chlorid, also auf Salz, und auf Radium 226 abzielen. Es gibt den Betriebsbrunnen. Er ist unbelastet. Das Grundwasser strömt sozusagen in diese Richtung.

(Folie 20)

Auf dieser Karte - - Das wird zu unübersichtlich. Entschuldigung.

(Folie 17)

Der Chloridgehalt im Betriebsbrunnen beträgt ungefähr 20 mg/l. Im Tiefbrunnen T 11, der ungefähr 40 bis 48 m tief ist, ist der Chloridgehalt 250-mal höher, nachdem das Grundwasser sozusagen unter der Grube hindurchgeflossen ist.

Dann Radium 226 - es ist nicht ganz so schlimm, aber Radium 226 ist ein gefährlicher Alphastrahler, der im Trink- und Grundwasser überhaupt nichts zu suchen hat, auch nicht im Beregnungswasser - ist 125-mal höher im Abstrom. Das können Sie alles - - Ich habe nur die Zahlen aus der Beantwortung der zweiten Kleinen Anfrage genommen, vom 16. Februar des letzten Jahres. Man braucht sich nur diese Tabellen anzuschauen, was genau darin steht, und dann einfach nur eins und eins zusammenzählen.

Wir brauchen auch kein Gutachten mehr, ob die Grube undicht ist oder nicht. Dann geben Sie es an andere unabhängige Experten, an den Altmarkkreis Salzwedel, an wen auch immer. Sie werden Ihnen sofort bestätigen, dass diese Grube - - Das ist der Beleg dafür. Wir brauchen auch kein Asbrand-Gutachten mehr, sondern diese Sanierung muss sofort - - Kompletter Rückbau muss sein.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Danke, Herr Ebeling.

(Beifall)

Sie haben schon mehr Zeit bekommen. Es war ein sehr interessanter Vortrag. Es wäre schön, wenn Sie uns diese Dokumentation zuschicken könnten.

Dann haben wir als nächsten Punkt eine Stellungnahme des Ministeriums. Herr Wünsch könnte etwas dazu sagen.

Dr. Christfried Lenz: Können wir nicht noch einmal zumindest Herrn Bammel kurz zu Wort kommen lassen? Ich denke, jetzt haben wir so viel - - Am Anfang hat es sich ja auch stark verzögert usw. Es wäre meine herzliche Bitte, dass er jetzt auch noch seine zwei, drei Minuten bekommt.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Das Problem ist natürlich, dass wir eine klare Festlegung haben und dass wir Ihnen auch gesagt haben, dass Sie zehn Minuten Zeit haben und drei Personen können sich daran beteiligen. Es könnte eine Diskussion geben, wenn ENGIE da wäre. Aber jetzt haben wir das Problem, wie wollen wir diskutieren, wenn der andere Part nicht da ist, der im Zweifelsfall eine gegenteilige Meinung hat. Das heißt, wir werden uns im Ausschuss ein Bild machen müssen. Es fällt mir ein bisschen schwer, mir ein Bild zu machen. Das muss ich klipp und klar sagen.

(Zuruf: Es gibt jetzt noch zwei Personen von der BI, die noch etwas zu sagen hätten, und das war vorhin auch so angedacht gewesen. Wenn ENGIE jetzt ausfällt, dann sollten wir sie vielleicht noch drannehmen!)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Entschuldigung. Wir müssen jetzt einen Ablauf finden, der praktikabel ist. Ich schaue einmal hinüber, ob es in Ordnung wäre. - Gut. Dann können Sie das jetzt kurz händeln. Bitte schön.

Jürgen Bammel: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte heute eigentlich versuchen, hier freizusprechen, aber mich bewegt das Thema zu sehr. Ich muss ablesen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können sich nicht vorstellen, wie schwierig es war, für die heutige Protestaktion Leute zu gewinnen. Ich gebe es so wieder, wie ich es von vielen zur Antwort bekommen habe. Von vielen habe ich die Antwort bekommen: Was wollt ihr dort? Ihr erreicht doch sowieso nichts! Die dort oben halten doch alle zusammen! Die stecken sich doch gegenseitig die Taschen voll! Sieh doch den gestrigen Bericht vom MDR: Illegale Müllbeseitigung in Vehlitz!

Doch Sie hier oben sind von uns gewählt worden. Sie haben unser Vertrauen und sich für unsere Interessen und unsere Probleme einzusetzen. Sollten Sie es nicht, wird es sich bei den nächsten Wahlen widerspiegeln.

Wie können wir von dem Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums die Antwort bekommen, es handele sich in Brüchau um eine ehemalige Entsorgungseinrichtung für bergbauliche Abfälle aus der Erdgasgewinnung? Weiß der Mitarbeiter aus dem Wirtschaftsministerium immer noch nicht, was dort noch alles eingelagert worden ist? Ich habe hier einen Zeitungsartikel:

(Herr Bammel hält ein Papier hoch)

„7 000 Tonnen Giftmüll 1988 nach Brüchau“. Den kann ich gern hierlassen.

Oder wie er auch sagte:

„Wie die bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse und gutachterlichen Feststellungen zeigen, gehen aktuell keine Gefahren für die menschliche Gesundheit und Umwelt von dem Deponiestandort aus.“

Jedoch der Präsident des Landesamtes für Geologie und Bergwesen berichtete in einer MDR-Reportage im letzten Jahr - ich zitiere -:

„Wir haben es hier mit einer Abfallentsorgungsanlage zu tun, wo Schadstoffe in das Grundwasser eintreten. Eine andere Geschichte ist, wie wir diese punktuellen Überschreitungen

bewerten. Wäre jetzt hier ein Brunnen, der genutzt würde als Trinkwasserbrunnen oder auch nur als Brauchwasserbrunnen, dann würden wir die Sache anders einschätzen, als wenn hier eben keiner ist.“

Das ist wortwörtlich wiedergegeben.

Schon zu DDR-Zeiten haben wir uns in der Gemeindevertretung mit dem damaligen Betreiber, einer in Gommern ansässigen GmbH, zusammengesetzt und nach einer Sanierungsmöglichkeit gesucht. Unter anderem war der Bau einer Wange unter der Deponie im Gespräch. Doch dann kam die Wende und alles verlief im Sande.

Ich habe mich mit jemandem unterhalten, dessen Frau Ärztin ist. Er sagt, nachdem ich mich mit meiner Frau über die dort eingelagerten Schadstoffe unterhalten habe, könnten wohl doch einige Krebsfälle darauf zurückzuführen sein in unserem Gebiet, aber wir können es eben nicht beweisen.

Ich habe gestern Abend einmal versucht, eine kleine Statistik zu erstellen. In den Jahren von 2010 bis 2016 waren wir in Brüchau 107 Einwohner und davon sind 18 oder 19 an Krebs erkrankt.

Viele denken auch, uns wird schon nichts passieren. Ist man aber in seiner Familie selbst betroffen, dann denkt man anders darüber, und man versucht alles zu tun, um diese eventuellen Ursachen zu beseitigen.

Ich persönlich denke an meine Kinder und kleinen Enkelkinder, überhaupt an alle kleinen Kinder, die hier bei uns gesund aufwachsen sollen.

Es wird in unserem Land viel für die Umwelt und Gesundheit getan. Ich erinnere nur an den Wolf. Da wird ein Wolfskrankenwagen angeschafft. Wir haben Wolfsbeauftragte, ein Wolfsbüro, Wolfsberater und seit gestern ein Wolfskompetenzzentrum in Iden. Nun müssen wir sicherlich nur noch einen Zusammenhang zwischen der Deponie und einem Wolf finden, dann haben wir im Punkt Sanierung in Brüchau wahrscheinlich keine Probleme mehr. - Danke.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Vielen Dank.

Dr. Christfried Lenz: Ganz kurz. Man fragt sich doch, es wurden Untersuchungen gemacht, was unten aus der Grube herauskommt, aber dazu, was in der Grube eigentlich drin ist, gibt es Kenntnisdefizite. Das ist etwas, was ich nicht verstehen kann. Das kommt mir sehr verdächtig vor. Das Unternehmen Gaz de France hat diese Grube befüllt. Wieso weiß das Unternehmen angeblich nicht, was es dort eingefüllt hat?

Nun die zwei, drei Sätze: Das ganze Geschehen um die Giftschlammgrube Brüchau ist gekennzeichnet von Faktenbeugungen, Täuschungsmanövern und Unwahrheiten. Beispiele hierfür haben wir kürzlich allen Landtagsabgeordneten zur Kenntnis gegeben. Hierbei gibt es ein Zusammenwirken zwischen dem Erdgasunternehmen und den staatlichen Behörden, deren Aufgabe es ist, das Unternehmen zu kontrollieren. Bitte sorgen Sie als demokratisch gewählter Souverän dafür, dass die ganze Wahrheit aufgedeckt und die Bevölkerung von diesem Monument der Schande befreit wird.

(Beifall)

(Im Nachgang zur Sitzung wurde als **Vorlage 3** ein Abdruck des Redebeitrags von Herrn Dr. Lenz verteilt.)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Vielen Dank. Ich denke, Sie hatten jetzt genug Gelegenheit. Ich würde das Wort dann an das Ministerium geben, Herrn Wunsch.

Staatssekretär Thomas Wunsch (MW): Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Hinweise, die Sie uns heute noch einmal explizit und sehr ausführlich vermittelt haben. Ich meine mit „uns“ auch die Mitarbeiter des Ministeriums, des LAGB und des LAF. Wir nehmen diese Hinweise ernst und werden ihnen auch nachgehen - aus einem ganz einfachen und triftigen Grund: Wie Sie wissen - wir haben es im September des vergangenen Jahres in der Bürgerinformationsversammlung vermittelt -, haben wir bisher nur einen Antrag des Unternehmens vorliegen, der das Abdecken und sozusagen Erschließen der Deponie, ohne dass eine Entsorgung stattfindet, vorsieht. Wir selbst haben Kenntnisdefizite - darüber habe ich seinerzeit mit meinen Kollegen referiert -, die wir untersuchen müssen, auch aus einem ganz einfachen Grund: Wenn wir - das ist die zweite Variante, die Deponie zu schließen und zu entsorgen - die Dinge, die dort eingelagert wurden, verbringen müssen, dann müssen wir wissen, worum es geht, was es ist, wie man es vernünftig organisiert. Das setzt natürlich ein gewisses Maß an Untersuchungen voraus, die wir derzeit mit den betroffenen Behörden abstimmen. Wir sind dabei auch auf das Unternehmen angewiesen. Es muss den Antrag auf einen Abschlussbetriebsplan stellen, um zu einer Erschließung der Deponie zu kommen. In diesem Verfahren sind wir jetzt. Das, was ich seinerzeit, im September vergangenen Jahres, in Brüchau bzw. Kakerbeck kommuniziert habe, dass wir Sie darüber kontinuierlich informieren, wird auch in diesem Jahr stattfinden.

Diese Untersuchungen und das, was untersucht werden soll, befinden sich derzeit in Abstimmung. Sobald wir Ergebnisse haben und wissen, in welche Richtung sie gehen, werden wir Sie darüber selbstverständlich unterrichten.

Das vielleicht in aller Kürze zum Sachstand derzeit. - Danke schön.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Dann sind wir bei der Beantwortung von Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder. Gibt es im Moment welche? - Sehe ich nicht.

(Zuruf: Schweigen!)

Herr Lange.

Abg. Hendrik Lange (DIE LINKE): Vielleicht kann auch noch einmal der Geschäftsführer der Landesanstalt für Altlastenfreistellung das eine oder andere aus Sicht der Landesanstalt sagen, dass man einen Stand dazu hat. Wir haben das Thema auch im Umweltausschuss gehabt. Es gab verschiedene Darstellungen, was die Belastungen im Grundwasser betrifft. Wir hatten einen längeren Vortrag dazu. Vielleicht kann man dazu auch noch einmal das eine oder andere sagen.

Ansonsten kann ich für unsere Fraktion vielleicht eine Position sagen: Uns geht es darum, dass tatsächlich die beste Form der Entsorgung dieser Altlasten dort stattfindet. Wir gehen im Moment davon aus, dass es nicht nur damit erledigt ist, dass man die Deponie einfach abdeckt. Ich glaube, man muss ernsthaft darüber nachdenken, dass die Deponie ausgekoffert wird und die Giftstoffe entsprechend verbracht werden, und zwar ordnungsgemäß so entsorgt werden, dass davon für die Umgebung und für die Umwelt tatsächlich keine weiteren Belastungen ausgehen.

Selbstverständlich bedarf es der entsprechenden Untersuchungen. Das ist klar und ist auch Handwerk. Ich denke, dass wir schnellstmöglich dafür sorgen müssen, dass an dieser Stelle die Gefahren, die von dieser Deponie ausgehen, so schnell wie möglich beseitigt werden. Das wäre aus unserer Sicht notwendig.

Ich sage einmal ganz vorsichtig Wir müssen auch gucken, dass nicht in irgendeiner Weise finanzielle Überlegungen eine Rolle spielen, warum man nicht diesen Weg geht. Man sollte wirklich den besten Weg der Entsorgung finden, um Mensch und Umwelt an dieser Stelle zu schützen. Das ist unsere Position.

(Beifall)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Kann der Geschäftsführer der Landesanstalt für Altlastenfreistellung dazu vielleicht etwas sagen?

Der Geschäftsführer der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF): Ich schließe mich zunächst dem an, was Staatssekretär Wunsch gesagt hat, dass wir Ihre Bedenken und Sorgen natürlich ernst nehmen. Wir als Landesanstalt für Altlastenfreistellung sind unter anderem im Rahmen der Refinanzierung der Maßnahmen zuständig für die Behördenkoordinierung. In diesem Zusammenhang haben wir uns nach Vorlage

der sogenannten Vorteilsvariante von GdF Suez - damals noch; jetzt ENGIE - mit dem Bergamt abgestimmt, dass wir das Verfahren sozusagen an der Stelle anhalten wollen, weil wir im Zuge der Refinanzierung die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu prüfen haben, das heißt, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind.

Bei der Geeignetheit stellt sich im Moment die Frage: Wir haben einen Grundwasserschaden, einen Versalzungsschaden in größerer Tiefe. Herr Ebeling wird mir zustimmen. Wenn Sie auf die Folie sehen, dann werden Sie sehen, bei den ganzen Messstellen steht ein „T“ davor. Das heißt, das sind die Tiefenmessstellen, die sich in einer Tiefe von, glaube ich, 30 bis 40 m unter der Deponie befinden. Wir haben natürlich auch noch flache Messstellen, die mit „F“ bezeichnet sind. Daran, dass sie hier nicht aufgeführt sind, sehen Sie schon, dass es an den flachen Messstellen bisher keine, ich sage einmal, vereinfacht gesagt, Messwerte gab, die darauf schließen lassen sollten, dass im Moment aus der Deponie noch irgendwelche Schadstoffe austreten.

Weil wir aber nicht sicher sind und wir diesen Schaden in 30 m Tiefe, im Untergrund, haben, haben wir gemeinsam mit dem LAGB einen Behördengutachter beauftragt, einen unabhängigen Gutachter - das will ich hier extra noch einmal betonen -, der von der LAF beauftragt und bezahlt wurde, nicht vom Unternehmen, der sich sämtliche Unterlagen noch einmal angesehen hat, analog zu dem, was die BI bei uns auch gemacht hat, alles eingesehen hat, was an Daten vorliegt, und uns vorgeschlagen hat, wie wir die Geeignetheit einer Maßnahme feststellen können, um im Anschluss daran auch die Erforderlichkeit zu bewerten.

Dieser Gutachter hat ein Konzept vorgelegt, dass der BI in Kakerbeck auch vorgestellt wurde. Wir haben darüber auch schon einmal im Ausschuss berichtet. Dieses Konzept ist nicht ein zusätzliches Gutachten oder eine zusätzliche Untersuchung, sondern im Grunde genommen an zwei wesentlichen Punkten begründet. Einen Punkt hat Staatssekretär Herr Wunsch schon genannt: Wenn wir den Fall der Entsorgung des Inhalts der Schlammgrube ins Auge fassen, dann brauchen wir dafür Abfallschlüsselnummern, Entsorgungswege, Kosten usw., die zusammengestellt werden müssen, um die Maßnahme zu organisieren bzw. um sie dann auszuschreiben mit ENGIE zusammen. Diese Daten liegen uns bisher nicht vor, außer Einlagerungsdaten aus den vergangenen Jahren, die relativ lückenhaft sind. Der zweite Punkt ist, dass ein Versuch durchgeführt wird, das Wasser direkt unter der Bohrschlammgrube abzupumpen, um festzustellen, ob zum jetzigen Zeitpunkt noch Schadstoffe aus der Grube austreten.

Auch dieser Pumpversuch ist nicht darin begründet, dass wir nicht genau wissen, was wir machen sollen, sondern hängt damit zusammen: Egal welche Stilllegungsvariante für die Deponie anschließend gewählt wird, entweder das Einkapseln oder auch das vollständige Entsorgen, wird es eine Monitoringaufgabe geben. Diese Brunnen, die dort niedergebracht werden, dienen dazu, das Monitoring anschließend entsprechend durchzuführen, nach fünf Jahren, nach zehn Jahren, wie auch immer, den Sanierungs-

erfolg zu bewerten und anhand der entsprechenden Parameter, die dort entnommen werden, darzustellen.

Wir haben dieses Untersuchungskonzept der ENGIE zur Verfügung gestellt, haben die Refinanzierung zugesagt. Der aktuelle Stand ist so - ich gucke einmal Richtung LAGB; ich glaube, ich sage nichts Falsches -, die Ausschreibung ist sozusagen gelaufen und der Auftrag für den Planer, der die Maßnahmen jetzt konkret planen soll, für dieses Untersuchungskonzept, wird in den nächsten Tagen vergeben. Insofern müssen wir jetzt erst einmal abwarten, was diese Untersuchung ergibt. Wie gesagt, von unserer Seite wird sie im Moment ergebnisoffen geführt. Ich sage es auch an dieser Stelle noch einmal: Es hat keine finanziellen Hintergründe. Das, was nachher behördlich festgestellt wird zur Gefahrenabwehr, wird von der LAF refinanziert.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Herr Lange und dann Herr Höppner.

Abg. Hendrik Lange (DIE LINKE): Ich habe nur eine Nachfrage zu dem, was der Geschäftsführer der LAF gerade gesagt hat. Ich habe es jetzt so verstanden, dass die Einlagerungen, die jetzt noch vorgenommen wurden, lückenhaft dokumentiert sind. Kann das bitte noch einmal erläutert werden? Das wäre ja tatsächlich skandalträchtig. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung mit den entsprechenden Kontrollen usw. auf eine solche Feststellung reagiert und diejenigen zur Verantwortung zieht, die für diese lückenhafte Dokumentation verantwortlich sind. Wie ist der Stand?

(Beifall - Zuruf: Der Geschäftsführer der Landesanstalt für Altlastenfreistellung als ehemaliger GdF-Suez-Mitarbeiter!)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Entschuldigung. Sie haben kein Rederecht. Danke schön.

Der Geschäftsführer der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF): Ich würde in Bezug auf die Einlagerungsdokumentation an das LAGB verweisen.

Abg. Andreas Höppner (DIE LINKE): Noch einmal eine Verständnisfrage: Wir haben heute vernommen, dass in der Deponie auch radioaktiv belastete Schlämme eingelagert wurden usw. Ich kann mich noch daran erinnern, in den letzten Ausschusssitzungen war das nicht das Thema. Oder habe ich das nur nicht vernommen?

(Abg. Hendrik Lange, DIE LINKE: Hat keine Rolle gespielt!)

- Das hat keine Rolle gespielt. Aber ist Ihnen bekannt, dass diese Stoffe dort eingelagert wurden und Ähnliches?

Der Präsident des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB): Dass es bei diesen Abfällen aus der Erdgasförderung radioaktive Anhaftungen gibt, das ist klar. Das weiß jeder, der damit zu tun hat. Deshalb gibt es ja auch eine Reinigungsanlage in Steinitz.

Zum Inhalt der Bohrschlammgrube: Es ist so, dass wir grob wissen, was hineingegangen ist. Das geht natürlich auch weit zurück in DDR-Zeiten. Sie ist von Anfang an als Anlage für die Beseitigung von bergbaulichen Abfällen - - So hat es ja begonnen. Sie ist erst später geöffnet worden für andere Sonderabfälle. Das hat bis zur Wende gedauert und danach ist es wieder abgestellt worden. Danach gingen weiter bergbauliche Abfälle hinein. Dabei ist es so, dass wir natürlich Mengengerüste haben, aber wir haben keine chemische Untersuchung für jede einzelne Lieferung. Das halten wir auch nicht für erforderlich, weil wir Vorstellungen davon haben, wie sich bergbauliche Abfälle aus der Erdgasförderung zusammensetzen. Das bestätigt ja auch Herr Ebeling. Man kann es zwar auch im Detail untersuchen, aber das war nicht Auflage.

Wir haben das Unternehmen gleichwohl noch einmal gebeten, eine dezidierte Aufstellung vorzunehmen. Das war im letzten Jahr im September. Daran hängt eine Menge Arbeit, wenn man jedem Lieferschein über - wie viele Jahre waren es? - zwölf Jahren noch einmal nachgehen will. Dann hat man zu tun. Daran sitzen sie noch. Aber das ersetzt nicht die chemische Untersuchung des Deponieinventars, wie es im Augenblick dort liegt.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Herr Höppner noch einmal.

Abg. Andreas Höppner (DIE LINKE): Noch einmal eine Frage zum derzeitigen Stand. Das Verfahren, der Findungsprozess, wie es dort entsorgt oder gekapselt wird, wird sich noch eine Weile hinziehen. Aus meiner Sicht ist aber natürlich jetzt schon Gefahr im Verzug. Wir haben festgestellt oder gehört, dass es dort schon zu Undichtigkeiten gekommen ist oder kommt. Es stellt sich die Frage, wie sicher ist man sich, dass plötzlich nicht noch mehr durchsickert, plötzlich nicht noch mehr aufreißt in den untersten Schichten und dann wirklich in dem gesamten Gebiet des Trinkwassereinzugsgebiets Altmark ein großer Schaden vonstattengeht?

(Zuruf: Dann sterben eben noch welche!)

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Entschuldigung. - Das Bergamt, bitte.

Der Präsident des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB): Also es stirbt niemand an der Deponie. Es ist so, dass es ein Monitoring gibt, dass es über die letzten Jahre, praktisch seit 1993, als es aufgesetzt wurde - erweitert wurde es im Jahr 2008; ein paar Zahlen aus der Überwachung sind hier von Herrn Ebeling vorgetragen wurden - - Ich kann es noch einmal für Quecksilber sagen, weil damit besondere Ängs-

te verbunden sind. Es ist in der Tat so, dass wir in der Deponie über die Zeit ungefähr 1 500 Messungen durchgeführt haben. Diese 1 500 Messungen haben ergeben - also sie sind immer quartalsweise gemacht worden -, dass in 49 Fällen der Grenzwert, der hier von Herrn Ebeling vorgetragen wurde, von 0,2 µg/l überschritten wurde und davon in neun Fällen über 1 µg/l, also über dem, was wir als Grenzwert ansehen. Dazu hat Herr Ebeling aber eine andere Meinung. Diese neun Fälle haben sich alle im Jahr 1993 abgespielt.

Ich habe Ihnen, falls es für den Ausschuss von Interesse ist, die Überwachungsergebnisse aus den Jahren 2014 und 2015 mitgebracht. (Eine Tabelle mit Verschmutzungsparametern für die Tiefbrunnen Brüchau vom LAGB wurde im Nachgang zur Sitzung als **Vorlage 4** verteilt.) Damals lag der Quecksilbergehalt bei 0,1 µg/l, also bei weniger als der Hälfte des Geringfügigkeitsschwellenwertes, und zwar durchgängig. Deshalb halte ich die Formulierung „Gefahr im Verzug“ für überhaupt nicht haltbar.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Sehe ich noch weitere Nachfragen? - Sehe ich nicht. Dann ist jetzt die Nachfrage an die AfD-Fraktion, ob der Selbstbefassungsantrag erledigt ist oder nicht.

Abg. Hannes Loth (AfD): Das nutze ich gleich, um zu sagen, natürlich nicht. Wie ich schon in meinem Eingangsstatement sagte, hat heute die ENGIE oder Gaz de France noch nicht die Gelegenheit gehabt, den Antrag zu bearbeiten. Wir wollten ja wissen, welche alternativen Möglichkeiten gibt es, welche Arbeitsansätze haben sie gefunden, um das ordentlich zu rekultivieren.

Ich muss dazu noch sagen. Ich komme selbst aus Bitterfeld. Bitterfeld ist bekannt in Sachsen-Anhalt. Wir haben das Glück, dass bei uns schon sehr viel rekultiviert und gemacht wurde. Man muss dazu auch einmal eindeutig sagen, dass die Maßnahmen, die getroffen werden, stellenweise auch wirksam und gut sind und als Beispiel dafür dienen können, um dort oben endlich voranzukommen. Wir hoffen, dass wir uns einigen können und uns die ENGIE Lösungsmöglichkeiten zeigt, die vielleicht noch nicht bekannt sind, und wir so zu einem Ende kommen können, das für alle Beteiligten gut ist, vor allem für die Bürger, die heute auch hier sind. Dafür noch einmal herzlichen Dank, dass Sie den schweren Weg auf sich genommen haben, heute im Ausschuss zu erscheinen.

Stellv. Vorsitzender Matthias Lieschke: Ich würde vorschlagen, dass wir ENGIE noch einmal anschreiben und zu den alternativen Methoden noch einmal sprechen lassen. Sobald wir Antwort haben, werden wir den Termin in den nächsten Ausschüssen festlegen. Damit würde ich den Tagesordnungspunkt schließen und die Nichtöffentlichkeit wieder herstellen. Ich danke für Ihr Kommen im Namen des gesamten Ausschusses.

Schluss der Sitzung: 12:42 Uhr.